

Berlin, 17. August 2026

PRESSEMITTEILUNG

Schließung der Dietrich-Bonhoeffer-Klinik darf kein Schlusstrich sein

Petitionsanhörung im Niedersächsischen Landtag: Vertreter der Elternverbände suchtkranker Kinder begleiten Petentin Julia Drüphake und fordern verlässliche Versorgung suchtkranker Kinder und Jugendlicher

Hannover/Berlin, 17. August 2026 – Am Mittwoch, 19. August 2026, wird Julia Drüphake im Petitionsausschuss des Niedersächsischen Landtages zu ihrer Petition zur Dietrich-Bonhoeffer-Klinik in Ahlhorn angehört. 5.273 Menschen haben die Petition unterstützt.

Die Petition entstand im Zusammenhang mit der drohenden Schließung der auf die Rehabilitation suchtkranker Kinder und Jugendlicher spezialisierten Klinik. Inzwischen ist die Dietrich-Bonhoeffer-Klinik geschlossen. Das Problem, auf das die Petition aufmerksam gemacht hat, ist damit jedoch nicht gelöst.

Begleitet wird die Petentin von Dr. Christiane Erbel, Vorsitzende der BAG-EPS e.V., in ihrer Funktion als Sprecherin der gemeinsam mit den Elternverbänden gebildeten Task Force zur Versorgung suchtkranker Kinder, und Jugendlicher. Begleitet wird die Petentin außerdem von Pierre Bischof, stellv. Vorsitzende des Elternverbandes LED e. V. Niedersachsen, sowie von Wolfgang Vorwerk, Vorstand der Leinerstift-Gruppe.

„Die Klinik ist geschlossen – aber das Versorgungsproblem ist geblieben. Für Eltern ist entscheidend, ob ihr Kind im richtigen Moment die richtige Hilfe bekommt und ob diese Hilfe anschließend weiterträgt. Genau daran fehlt es heute: Es gibt keinen verlässlichen, verbindlichen Versorgungspfad für suchtkranke Kinder und Jugendliche.“, sagt Dr. Christiane Erbel.

Aus Sicht der Elternverbände darf sich die politische Diskussion deshalb nicht auf die Finanzierung einer einzelnen Einrichtung beschränken. Die Schließung der Dietrich-Bonhoeffer-Klinik hat sichtbar gemacht, wie fragil die Versorgung suchtkranker junger Menschen insgesamt ist.

Eltern erleben immer wieder Brüche zwischen den einzelnen Hilfen. Benötigt wird ein Versorgungspfad, der von der ersten konkreten Sorge über Clearing und Diagnostik, Behandlung und Rehabilitation bis hin zu Jugendhilfe, Schule, Teilhabe und Nachsorge verlässlich, zielsicher und nahtlos trägt.

Elternverbände haben konkrete Vorschläge erarbeitet

Nach Bekanntwerden der drohenden Klinikschließung haben BAG-EPS, der BVEK und Landesverbände der Elternselbsthilfe eine gemeinsame Task Force gebildet. Unter anderem hat die Task-Force die bestehenden Versorgungsschritte und ihre Bruchstellen analysiert, ein Soll-Versorgungspfad erarbeitet und die öffentlich verfügbaren Daten für die spezialisierten Behandlungs- und Rehabilitationsangebote zusammengetragen.

Dabei zeigt sich auch: Zur tatsächlichen Versorgungslage und zur fachlichen Eignung vorhandener Kapazitäten bestehen unterschiedliche Einschätzungen zwischen denen, die Versorgungsangebote suchen und den für die Versorgungskapazitäten Verantwortlichen. Hier braucht es Transparenz und belastbare Daten.

„Eltern dürfen nicht länger diejenigen sein, die im Krisenfall selbst herausfinden müssen, wer zuständig ist, welche Hilfe überhaupt existiert und wie es nach der nächsten Behandlung weitergeht. Ein funktionierendes Hilfesystem muss diese Verantwortung übernehmen.“, so Erbel.

Anhörung als Chance für strukturelle Konsequenzen

Die Task-Force sieht in der Anhörung deshalb eine Chance, über den konkreten Anlass hinaus Konsequenzen zu ziehen.

Aus Sicht der Elternverbände braucht es insbesondere:

- Transparenz über tatsächlich vorhandene und fachlich geeignete Versorgungskapazitäten,
- einen Versorgungspfad von der Entgiftung über die Therapie bis zur Nachsorge mit verbindlich geregelten Zuständigkeiten und Übergängen zwischen den notwendigen Hilfen,
- ausreichende spezialisierte Behandlungs- und Rehabilitationsangebote für suchtkranke junge Menschen,
- Wartezeiten (von teils sechs bis zwölf Monaten) können die Problemlage bei Jugendlichen massiv verschärfen. Wir regen deshalb an, das Nahtlosverfahren als Standardverfahren für Jugendliche zu etablieren,
- die systematische Einbeziehung der Erfahrungen betroffener junger Menschen und ihrer Eltern.

Niedersachsen kann die bundesweiten Strukturprobleme nicht allein lösen. Das Land kann aber dazu beitragen, Versorgungslücken sichtbar zu machen, eigene Handlungsmöglichkeiten auszuschöpfen und die notwendige Klärung mit Bund und Leistungsträgern voranzutreiben.

„Die Anhörung sollte deshalb nicht das Ende einer Petition sein, sondern der Beginn eines verbindlichen politischen Prozesses.“, sagt Erbel.

Pressekontakt

Bundesarbeitsgemeinschaft Elternstimme in Prävention und Suchthilfe e. V. (BAG-EPS)

Dr. Christiane Erbel

E-Mail: info@bag-eps.de

www.bag-eps.de

Die in der Task Force organisierten Verbände:

- Bundesarbeitsgemeinschaft Elternstimme in Prävention und Suchthilfe e.V. (BAG-EPS)
- Bundesverband der Elternkreise suchtgefährdeter und suchtkranker Söhne & Töchter e.V. (BVEK)
- Arbeitsgemeinschaft der Rheinisch-Westfälischen Elternkreise drogengefährdeter und abhängiger Menschen e.V. in NRW e.V. (ARWED)
- Baden-Württembergische Landesvereinigung der Elternselbsthilfe Suchtgefährdeter und Suchtkranker e.V.
- Landesverband der Elternkreise Berlin-Brandenburg e.V. (EKKB)
- Landesverband der Elternkreise Drogenabhängiger und -gefährdeter Niedersachsen e.V. (LED Nds.)

Kontakt Daten für Rückfragen zur Pressemeldung:

Dr. Christiane Erbel, Leitung Task-Force „Kinder- und jugendpsychiatrische und -psychotherapeutische Versorgung von Minderjährigen und Adoleszenten mit substanzbezogenen Konsumstörungen, 0160-96011234, christiane.erbel@bag-eps.de

[Pressemitteilung online](#)